

Stellungnahme des Landesverbandes der Volkshochschulen von NRW e.V.

zur schriftlichen Anhörung „Kommunalpolitisches Ehrenamt und politische Partizipation stärken“ der Enquetekommission III „Subsidiarität und Partizipation. Zur Stärkung der (parlamentarischen) Demokratie im föderalen System aus nordrhein-westfälischer Perspektive“, Einsetzungsbeschluss Drucksache 17/3754

Der Landesverband der Volkshochschulen von NRW bedankt sich für die Möglichkeit, im Rahmen der schriftlichen Anhörung der Enquetekommission, einen Beitrag zur Auseinandersetzung mit der Stärkung des kommunalpolitischen Ehrenamts und der politischen Partizipation in NRW leisten zu dürfen. Im Folgenden werden die an den Verband gerichteten Fragen in chronologischer Reihenfolge beantwortet.

1) Wie beschreiben Sie die Situation von Menschen Ihrer Interessensgruppe, die sich kommunalpolitisch engagieren möchten und/oder kommunalpolitisch aktiv sind?

- Entsprechend dem **öffentlichen Auftrag** als kommunale Weiterbildungszentren für alle Bürger*innen befähigen Volkshochschulen die Teilnehmenden mit Qualifizierungsangeboten der politischen Bildung maßgeblich und nachhaltig für politisches Handeln und zivilgesellschaftliches Engagement. Volkshochschulen sind zugleich etablierte Orte des politischen Dialogs in den Kommunen und verstehen sich als Foren für gesellschaftliche Debatten.
Für die 131 Volkshochschulen in NRW existieren unterschiedliche Bedingungen und Anforderungen als Anbieterinnen der Förderung kommunalpolitischen Engagements. Insbesondere in größeren Städten sind Volkshochschulen eine von vielen Anlaufstellen zur Qualifizierung von ehrenamtlich Aktiven. Dabei sind Volkshochschulen eingebunden in kommunale Netzwerke mit anderen Trägern der Weiterbildung wie z. B. Ehrenamtsagenturen, Wohlfahrtsverbänden oder Bildungswerken. Vor allem in ländlichen Regionen NRW sind Volkshochschulen z. T. die zentralen Anlaufstellen für Qualifizierungsangebote der politischen Bildung vor Ort.
- Interessierte, die an Maßnahmen der politischen Bildungsarbeit an Volkshochschulen zur gezielten Qualifizierung für ehrenamtliches Engagement teilnehmen,¹ sind **überwiegend** Menschen, die **bereits** in der Kommunalpolitik **aktiv** sind oder die sich zivilgesellschaftlich in Vereinen oder Initiativen engagieren. Teilnehmende solcher gezielten Qualifizierungsmaßnahmen an Volkshochschulen besitzen in aller Regel eine große persönliche Motivation, an einer gemeinwohlorientierten und zukunftsorientierten Gestaltung ihrer Kommune mitzuwirken.
- Viele Kommunen unterstützen das landesweite Projekt der „**Ehrenamtskarte**“. Besitzer*innen solcher Karten erhalten an vielen Volkshochschulen **vergünstigte Teilnahmebedingungen**, wodurch ehrenamtliches Engagement in besonderem Maße gefördert wird und Menschen für die Teilnahme an Weiterbildungsangeboten motiviert werden.
- Der Großteil der Interessensgruppe, die sich kommunalpolitisch engagiert oder kommunalpolitisch aktiv ist, lebt über einen Zeitraum von mehreren Jahren in der jeweiligen Kommune und definiert das **eigene Engagement als längerfristige Aufgabe**.

¹ Im Folgenden als Teilnehmende oder Interessensgruppe bezeichnet.

- Viele Teilnehmende suchen und nutzen neben **Qualifizierungsangeboten der Volkshochschulen** in NRW **ebenso** Weiterbildungsangebote **anderer Bildungsträger**.
- Die **inhaltlichen Interessensgebiete** der Teilnehmenden **entsprechen häufig** den **kommunalpolitischen Handlungsfeldern**, die den größten Einfluss auf das Zusammenleben in den Kommunen haben, wie etwa die Gestaltung von Wohnraum, Bildungs-, Freizeit- oder Mobilitätsangeboten vor Ort.

2) *Mit welchen Herausforderungen ist Ihre Interessensgruppe im Bereich politischer Beteiligung konfrontiert? Gibt es konkrete Hindernisse, die einem kommunalpolitischen Engagement entgegenstehen?*

- Die von Teilnehmenden häufig thematisierten Hindernisse für kommunalpolitisches Engagement decken sich mit den in zahlreichen wissenschaftlichen Untersuchungen der vergangenen Jahre evaluierten Herausforderungen.
- Als **größtes Hindernis** wird die **Unvereinbarkeit von Ehrenamt mit Beruf und Familie** und dabei in erster Linie der hohe Zeitaufwand für kommunalpolitisches Ehrenamt benannt, z. B. aufgrund langer Sitzungen sowie den damit verbundenen Vor- und Nachbereitungsphasen. Insbesondere Sitzungszeiten, die vielerorts am Nachmittag und frühen Abend etabliert sind, werden wiederholt als familienunfreundlich beschrieben, wodurch bestimmten sozialen Gruppen das kommunalpolitische Engagement erschwert wird.
- **Kommunalpolitische (Partei-)Strukturen** werden von Teilnehmenden vielerorts **als traditionell und männlich geprägt beschrieben** und behindern strukturell den Zugang von Frauen und jungen Menschen.
- Viele Engagierte wünschen sich heute jenseits institutionalisierter Partizipationsmöglichkeiten **aktivistische Beteiligungsformate**, bei denen sie sich in zeitlich begrenzten Projekten in der Kommune einbringen können. In vielen Kommunen scheint die Suche nach geeigneten Bürger*innenbeteiligungsverfahren eine Herausforderung für Politik und kommunale Verwaltung.
- Neben dem großen zeitlichen Aufwand begründet ein Teil der Interessensgruppe das zivilgesellschaftliche Engagement abseits kommunal- und parteipolitischer Strukturen mit einem **schlechten gesellschaftlichen Ruf von Politik und Parteien**.
- **Mangelnde Transparenz bei kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen** wird wiederholt als Hemmnis für eigenes kommunalpolitisches Engagement benannt. Der bei Teilen der Interessensgruppe subjektiv vorherrschende Eindruck ist, dass Entscheidungen teilweise in Hinterzimmern getroffen werden und in der direkten kommunalpolitischen Auseinandersetzung vielfach Scheindebatten geführt werden. Dieser Eindruck wirkt sich z. T. negativ auf die Bereitschaft für kommunalpolitisches Engagement aus.

3) *Welche Bedingungen müssten sich verändern, damit eine höhere politische Beteiligung Ihrer Interessensgruppe in der Kommunalpolitik erreicht werden kann?*

- Auf verschiedenen Ebenen scheint für eine Vielzahl der Teilnehmenden von Volkshochschulangeboten, die sich für das kommunalpolitische Ehrenamt interessieren, ein **politischer Kulturwandel** notwendig.
- Die **Vereinbarkeit von Ehrenamt mit Familie und Beruf** sollte bei der Gestaltung kommunalpolitischer Arbeitsprozesse stärker berücksichtigt werden, um eine heterogenere Zusammensetzung von kommunalen Räten und Gremien zu gewährleisten.
- Vielerorts sind Frauen und junge Menschen auf kommunalpolitischer Ebene strukturell unterrepräsentiert. Die **gezielte Erhöhung des Anteils von Frauen** in der Kommunalpolitik ist zugleich Ziel und Voraussetzung für eine gleichberechtigte

Partizipation der Bürger*innen auf kommunalpolitischer Ebene. Der Erfahrungsaustausch von erfahrenen und unerfahrenen Kommunalpolitikerinnen im Rahmen von überregionalen Mentoring-Programmen wird vielfach als ein möglicher Baustein für die gezielte Erhöhung des Anteils von Frauen in der Kommunalpolitik bewertet.

- **Jugendräte bzw. Kinder- und Jugendparlamente sowie Schüler*innenvertretungen** sollten noch **stärker** in kommunalpolitische Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Eine öffentlich wirksame Kampagne für Jugendräte und Jugendparlamente verbunden mit einem Kompetenzzuwachs für eben diese kann den Anteil junger Menschen in der Kommunalpolitik nachhaltig erhöhen.
- Die Hürden für projektbezogenes kommunalpolitisches Engagement können weiter gesenkt werden. Eine mit der **Stärkung** nicht institutionalisierter **Beteiligungsformate** verbundene Möglichkeit für **befristetes Engagement** kann insbesondere Bürger*innen, die aufgrund knapper zeitlicher Ressourcen kein dauerhaftes kommunalpolitisches Amt ausüben, den Zugang zur Kommunalpolitik eröffnen und Grundlage für längerfristiges Engagement in der Kommune sein.
- Eine **sehr gute technische Infrastruktur**, welche die Potenziale der digitalisierten Organisation von Arbeits- und Abstimmungsprozessen ausschöpft, ist Grundvoraussetzung für moderne kommunalpolitische Arbeit und steigert die Attraktivität für das kommunalpolitische Ehrenamt.
- **Kommunalpolitische Entscheidungsprozesse** können teilweise noch **transparenter** gestaltet werden, v. a., wenn Bürger*inneninitiativen oder Vereine einbezogen werden können. Dafür können vorhandene Instrumente wie öffentliche Rats- und Gremiensitzungen oder Formate der E-Partizipation vielerorts häufiger genutzt werden.
- Um die Bereitschaft für das kommunalpolitische Ehrenamt zu erhöhen, sollte dafür gezielt geworben werden. **Öffentlich wirksame Kampagnen**, welche die politischen Gestaltungsmöglichkeiten bei gesellschaftlichen Zukunftsfragen wie Bildung, Mobilität oder Wohnungsbau aufzeigen, können ein wichtiger Baustein zur Sensibilisierung für die Bedeutung von Kommunalpolitik sein.
- Die Überschuldung vieler Kommunen in NRW sorgt dafür, dass Kommunen teilweise begrenzte politische Gestaltungsspielräume besitzen. **Größere finanzielle Gestaltungsspielräume**, welche die Handlungsmöglichkeiten für die Mandatsträger*innen erhöhen, können die Attraktivität des kommunalpolitischen Ehrenamtes steigern.

4) Gibt es eine spezifische zusätzliche Belastung kommunaler Mandatsträgerinnen und Mandatsträger? Falls ja, wie kann diese bei politischen Lösungsansätzen berücksichtigt werden?

- Diese Frage ist aus Sicht des Verbandes kaum zu beantworten, da spezifische Belastungen subjektiv von den Engagierten bewertet werden müssen.
- Allgemein erfordert ein ehrenamtliches politisches Mandat ein hohes Maß an zeitlicher Flexibilität und den persönlichen Umgang mit politischen Drucksituationen bspw. im Rahmen herausfordernder Entscheidungsprozesse.
- Wie oben formuliert sind viele kommunalpolitisch Aktive ebenso in Initiativen und Vereinen engagiert, wodurch es zu einer Mehrfachbelastung kommen kann.

5) Welche Rolle spielt die Digitalisierung? Kann Digitalisierung kommunalpolitische Teilhabe und kommunalpolitisches Engagement verändern?

- **Digitalisierung verändert politisches Engagement** und politische Bildung und ist ein entscheidender Baustein für die Stärkung kommunalpolitischer Partizipation. Wo

digitale Angebote kommunalpolitische Arbeit sichtbar machen und Teilhabe fördern, wird die Demokratie gestärkt.

- Die Begleitung aller Bürger*innen beim digitalen Wandel und die Befähigung zur Nutzung digitaler Partizipationsmöglichkeiten ist Auftrag für die Volkshochschulen in NRW.
- Eine **gute technische Infrastruktur in den kommunalen Weiterbildungszentren ist für eine zeitgemäße Bildungsarbeit Grundvoraussetzung**. Um dem immer schneller voranschreitenden digitalen Wandel mit zielgruppenspezifischen und bedarfsgerechten Bildungsangeboten begegnen zu können, bedarf es eines stetigen Ausbaus der technischen Infrastruktur in den Volkshochschulen. Zur gezielten Unterstützung der Volkshochschulen in NRW bei der Entwicklung und Umsetzung digitaler Bildungsangebote wurde vom Landesverband das Projekt „Erweiterte Lernwelten & Digitale Bildung in NRW“ gestartet.
- Mit **digitalen Formaten der politischen Bildung** werden Teilnehmende bereits **heute bereits** an den Volkshochschulen in NRW für ehrenamtliches Engagement qualifiziert. Ein herausragendes Projekt der Volkshochschulen, welches die Möglichkeiten zur Qualifizierung von Ehrenamtlichen mittels digitaler Angebote bereits nachgewiesen hat, ist das „vhs-Ehrenamtsportal“, welches als multimediales Online-Portal Ehrenamtliche in der Integrationsarbeit mit Geflüchteten unterstützt. Zudem bietet die bundesweit nutzbare vhs-Cloud als Online-Netzwerk Kursleitenden, Mitarbeitenden und Teilnehmenden die Möglichkeiten der Vernetzung und des Wissensmanagements abseits von Präsenzveranstaltungen. Unter dem Titel „Smart Democracy“ existiert eine bundesweite Veranstaltungsreihe zu Digitalisierung und Gesellschaftspolitik, deren einzelne Veranstaltungen bundesweit über die vhs-Cloud gestreamt werden und an denen Interessierte zudem über Online-Tools der Cloud in begleitenden Diskussionen aktiv partizipieren können.
- Mit Blick auf die konkreten Potenziale der Digitalisierung für das kommunalpolitische Ehrenamt skizzieren die gesammelten subjektiven Eindrücke von Teilnehmenden ein **durchaus heterogenes Bild in NRW**. Vielerorts existieren bereits moderne digital vernetzte Arbeits- und Organisationsstrukturen für Entscheidungsträger*innen sowie öffentliche Angebote zur Online-Partizipation für Bürger*innen, während dies in anderen Kommunen technisch bisher kaum möglich ist.
- **Barrierearme Webauftritte der kommunalen Verwaltung** sind ein entscheidendes Angebot zur Schaffung von **Transparenz und Aufmerksamkeit** für Kommunalpolitik und sind eine Voraussetzung für die politische Partizipation der Bürger*innen. Als wichtig für die Teilhabemöglichkeit wird von der Interessensgruppe vielfach ein barrierefreies Beschwerdemanagement benannt, welches eine indirekte und direkte Kommunikation mit kommunalen Entscheidungsträger*innen ermöglicht. Die Nutzung von Dialogmöglichkeiten mit der kommunalen Verwaltung und Mandatsträger*innen über soziale Medien wird in diesem Zusammenhang häufig inkludiert.
- Viele Teilnehmende wünschen sich zudem, dass die **Webauftritte der Kommunen als Plattformen für die Vernetzung** kommunaler Institutionen wie Volkshochschulen und Bibliotheken mit lokalen Vereinen und Initiativen genutzt werden. Damit könnten in der Kommune ehrenamtlich Aktive in direkten Kontakt mit Politik kommen und es können zudem Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote vermittelt werden.

6) Wie viel Einfluss haben die Rahmenbedingungen, wie z. B. steigender Zeitaufwand und Aufgabenvielfalt? Welche Angebote würden Ihrer Meinung nach Personen Ihrer Interessensvertretung eine politische Partizipation auf kommunaler Ebene erleichtern?

- Vor allem der zeitliche Aufwand für kommunalpolitisches Ehrenamt wird von der Mehrheit der Teilnehmenden als Herausforderung benannt. Die Hauptsorge vieler Engagierter gilt dabei der o. g. Unvereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt.

- **Angebote zur Kinderbetreuung** für Mandatsträger*innen sind in vielen Kommunen bereits etabliert und sind ein Best-Practice-Beispiel dafür, wie v. a. junge Eltern in ihrem Ehrenamt unterstützt und entlastet werden können.
- **Digitalisierung** kann einen wichtigen Beitrag zur Entlastung von Engagierten leisten, wenn multifunktionale Online-Netzwerke **Arbeitsprozesse** sowie das **Wissensmanagement** erleichtern und Tools für Online-Abstimmungen, der Führung von Terminkalendern oder die Option von Videokonferenzen kombinieren. Die damit verbundenen Planungsmöglichkeiten für individuelles mobiles Arbeiten kann zu einer signifikanten Zeitersparnis bei allen Beteiligten führen.
- Vielen Teilnehmenden ist es ein Anliegen, die **zeitliche Planungssicherheit** für das eigene kommunalpolitische Ehrenamt zu **erhöhen**. Eine verbindlichere Beachtung von geplanten Anfangs- und Endzeiten bei Gremiensitzungen und Arbeitstreffen kann ein einfacher und zugleich entscheidender Beitrag für eine verbesserte Zeitplanung sein und die häufig von Teilnehmenden geäußerte Sorge vor Sitzungsmarathons mindern.
- Die zunehmende Aufgabenvielfalt in den Kommunen empfinden viele Teilnehmende als zusätzliche Arbeitsbelastung. Vor allem die damit verbundene Notwendigkeit zur Einarbeitung in oft fachfremde Themen nimmt zusätzliche Zeit in Anspruch. **Unterstützung durch zusätzliche hauptamtliche Mitarbeiter*innen bei der inhaltlichen Einarbeitung und bei administrativen Verwaltungstätigkeiten** kann als entscheidende Entlastung für viele kommunalpolitisch Aktive wirken.
- Insbesondere in Kommunen mit einer vergleichsweise niedrigen Einwohner*innenzahl sind finanzielle Aufwandsentschädigungen gering. Eine **Angleichung und generelle Erhöhung von Pauschalen und Sitzungsgeldern** für alle ehrenamtlich kommunalpolitisch Aktiven kann die individuelle Organisation des Ehrenamts erleichtern.

7) Welche Rolle spielt die gesellschaftliche Wertschätzung bei der Ausübung eines kommunalpolitischen Mandats?

- Grundsätzlich ist eine positive Wertschätzung für kommunales Ehrenamt entscheidend, um eine größere Anzahl an Bürger*innen dafür begeistern zu können.
- Wiederholt benennen Teilnehmende mangelnde Wertschätzung und Anerkennung als ein Problem in der Ausübung des kommunalen Ehrenamts.
- Teilweise gibt es zu diesem Aspekt widersprüchliche Einschätzungen. Teilnehmende, die zwischen politischen Entscheidungsebenen differenzieren, betonen die große gesellschaftliche Wertschätzung für Kommunalpolitiker*innen. Viele Bürger*innen schrieben Kommunalpolitiker*innen eine hohe Glaubwürdigkeit und das nötige Fachwissen für die praktische Lösung konkreter gesellschaftspolitischer Probleme vor Ort zu. Andere Bürger*innen differenzierten nicht nach politischen Handlungsebenen und übertrugen pauschalisierende negative Stereotype gegenüber „der“ Bundes- oder Landespolitik und Parteien durchaus auch auf kommunalpolitische Mandatsträger*innen. Kommunalpolitisch Aktive bewegen sich selbst in diesem **Spannungsfeld unterschiedlicher Wahrnehmungen**, was sich sowohl positiv als auch negativ **auf die Bereitschaft zu kommunalpolitischem Engagement auswirken** kann.
- Der Interessensgruppe ist die Handlungsfähigkeit von Kommunalpolitik in zentralen Zukunftsthemen wie Bildung, Mobilität oder Wohnen bewusst. Dennoch wird das Bild von Politik bei einem Großteil der Bevölkerung durch die mediale Berichterstattung über Bundes- und Landespolitik überlagert und die kommunalpolitische Problemlösungskompetenz dabei oft nicht ausreichend vermittelt. Eine **größere mediale Beachtung von Kommunalpolitik in Verbindung mit der konkreten Lösung von Zukunftsfragen** kann die Wahrnehmung des kommunalpolitischen Ehrenamtes maßgeblich aufwerten.

8) Welche Weiterbildungs- oder medienpolitischen Angebote würden Ihrer Meinung nach Personen Ihrer Interessensvertretung eine politische Beteiligung in der Kommune erleichtern?

- **In den Volkshochschulen** NRWs existieren **etablierte Kurse** zur Stärkung des kommunalen Ehrenamts, die meist modular konzipiert sind. Neben handlungsorientierten Kompetenztrainings werden vertiefende und zielgruppenspezifische Fachveranstaltungen sowie Dialogformate von Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft durchgeführt. Als kommunale Weiterbildungszentren vermitteln Volkshochschulangebote wichtiges Grundlagenwissen und befähigen für aktives politisches Handeln.
- **Zielgruppenspezifische und aufsuchende Formate** der politischen Bildung können einen entscheidenden Beitrag leisten, **bisher unterrepräsentierte Personengruppen** für kommunalpolitisches Engagement zu gewinnen. Solche Formate zu entwickeln und auszubauen ist unabdingbar, um z. B. den Anteil von Frauen und jungen Menschen sowie sog. politikfernen Zielgruppen in der Kommunalpolitik zu erhöhen.
- Zur Erhöhung des Anteils von Frauen in der Kommunalpolitik sollten **Dialog-, Mentoring- und Qualifizierungsangebote für Frauen** in kommunalen Netzwerken ausgebaut werden. Einen Beitrag dazu leistet der Landesverband aktuell mit dem Projekt „Starke Frauen – Starke Kommunen“.
- Wichtiger Grundstein für die **Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen** für Kommunalpolitik ist der „**Demokratieführerschein** – der Führerschein zum Mitmischen in deiner Stadt!“. An allen Volkshochschulen NRWs können junge Menschen im Rahmen von selbstgewählten Projekten kommunalpolitische Zusammenhänge erfahrungs- und handlungsgestützt kennenlernen. Projekte wie dieses, in denen junge Menschen möglichst früh politische Selbstwirksamkeitserfahrungen sammeln, erhöhen die Bereitschaft für späteres kommunalpolitisches Engagement.
- Durch die **Förderung der Bildungsarbeit mit Kinder- und Jugendräten oder Jugendparlamenten** können diese in der kommunalpolitischen Arbeit begleitet werden und für eine längerfristige kommunalpolitische Arbeit befähigt werden. Vor allem Simulationen und Planspiele sind besonders geeignete Bildungsangebote, die zugleich für aktuelle Projektarbeit qualifizieren und für mögliche zukünftige kommunalpolitische Arbeit sensibilisieren.
- Aufsuchende Dialogformate in Form von **quartiersbezogenen Bürger*innen- und Demokratiewerkstätten** sind wichtige niedrigschwellige Angebote, in denen sog. politikfernen Zielgruppen Grundlagenwissen für eine aktive Bürger*innenbeteiligung vermittelt werden kann. Eine **stärkere Verknüpfung von niedrigschwelligen Grundbildungsangeboten, sozialer Quartiersarbeit und inklusiven Formaten** der politischen Bildung ist entscheidend, um politische Partizipation für alle Bürger*innen zu fördern. Alltagsbezogene politische Bildung als fachübergreifende Aufgabe mit zahlreichen weiteren Bildungsangeboten verbinden zu können, ist eine spezifische Stärke von Volkshochschulen und ist verankert im Konzept des lebensbegleitenden Lernens für alle.
- Gezielte Weiterbildungsangebote sollten sich an den Lebensrealitäten der ehrenamtlich Aktiven orientieren und analoge mit digitalen Angeboten zielführend verknüpfen. Die **Qualifizierung für die Nutzung digitaler Medien** ist ebenso wichtig wie die aktive Nutzung digitaler Tools in der Bildungsarbeit selbst. Durch den Ausbau von räumlich und zeitlich flexibel nutzbaren Online-Lernräumen, Webvideo-Formaten, Podcasts oder Webinarangeboten sollten Teilnehmende zukünftig noch mehr **Bildungsangebote bedarfsorientiert in den persönlichen Alltag integrieren** können.

- **Kompetenztrainings** bilden das Grundgerüst der Weiterbildungsangebote für ehrenamtlich Aktive und umfassen dabei in der Regel die Module Kommunikation und Rhetorik, Organisation und Zeitmanagement, Rechte und Pflichten, Öffentlichkeitsarbeit sowie Team-Building und Führungstrainings. Diese Angebote gilt es zu stärken und auszubauen. Einerseits können bereits politisch Aktive gezielt in ihrer Arbeit unterstützt werden. Andererseits werden mit Kompetenztrainings ebenso Personen erreicht, die noch nicht ehrenamtlich aktiv sind und in Kursangeboten in Kontakt mit politischen wie zivilgesellschaftlich Aktiven kommen können.
- **Fachliche Qualifizierungsangebote** sollten verstärkt solche **Themenfelder aufgreifen, auf die kommunalpolitisch Einfluss genommen werden kann**, wie etwa die Themen Mobilität, Wohnen, Bildung oder die Gestaltung von Kultur- und Freizeitangeboten. Dabei sollten Qualifizierungsangebote die Bildung für nachhaltige Entwicklung in den Kommunen berücksichtigen, um die kommunalpolitische Handlungsebene als maßgebliche Gestaltungsebene für übergeordnete gesellschaftliche Zukunftsfragen und das demokratische Miteinander in Städten und Gemeinden zu vermitteln.
- **Medienbildung und politische Bildung sind untrennbar miteinander verbunden** und können heute nicht mehr separiert behandelt werden. Es ist entscheidend, auf den technischen Fortschritt mit adäquaten Bildungsangeboten zu reagieren. Für politische und zivilgesellschaftliche Arbeit sind medienkundliches Wissen und neue Fähigkeiten im Umgang mit digitalen Medien unabdingbar. Insbesondere die Qualifizierung für die zielgruppenspezifische Ansprache von Bürger*innen mittels digitaler Medien ist ein wichtiges Weiterbildungsangebot, um kommunalpolitische Arbeit transparent zu machen sowie eine zeitgemäße und barrierearme politische Partizipation zu gewährleisten.

9) *Welche politischen und gesellschaftlichen Forderungen hat die von Ihnen vertretene Interessengruppe an die politischen Akteure, um die Unterrepräsentanz von sozialen Gruppen im kommunalpolitischen Ehrenamt abzumildern?*

- Die Volkshochschulen in NRW bieten entsprechend ihrem Auftrag ein vielfältiges Weiterbildungsangebot für alle Bürger*innen an. Mit der **Bereitstellung der vielerorts weit über eine Grundversorgung hinausgehenden Zahl an Qualifizierungsangeboten** für ehrenamtlich Aktive stoßen die hauptamtlichen pädagogischen Mitarbeiter*innen an Volkshochschulen häufig bereits an **personelle wie finanzielle Kapazitätsgrenzen**.
- **Volkshochschulen** sollten vielerorts **noch stärker als Raum für politischen Dialog** in den Kommunen begriffen werden, da sie häufig die einzigen Institutionen in Kommunen sind, die zugleich als Foren für gesellschaftspolitischen Dialog dienen und mit ihren Bildungsangeboten als Weiterbildungszentren alle Bürger*innen zu politischem Handeln befähigen können.
- Die **Qualifizierung und Aktivierung bisher unterrepräsentierter sozialer Gruppen muss als langfristige Aufgabe definiert** werden, der **nicht allein mit zeitlich befristeten Projekten** begegnet werden kann. Die Konzeption, Durchführung und Evaluierung von aufsuchenden und zielgruppenspezifischen Bildungsformaten, die für ehrenamtliches Engagement sensibilisieren, motivieren und befähigen sollen, sind anspruchsvolle Tätigkeiten für die politische Bildung. Dabei ist ein Erfolg von Maßnahmen nicht kurzfristig messbar. Die strukturell über viele Jahrzehnte gewachsene Unterrepräsentanz bestimmter sozialer Gruppen in der Kommunalpolitik als wichtige fachliche Aufgabe für die politische Bildung in den Kommunen zu definieren und entsprechende zusätzliche personelle wie finanzielle Ressourcen bereitzustellen, ist eine Forderung des Landesverbandes.

- Zielgruppenspezifische Formate der politischen Bildung, für deren Umsetzung in vielen Kommunen **größere finanzielle und personelle Ressourcen** benötigt werden, sind unter Punkt 8 aufgeführt.
- Für eine zielgruppenspezifische und aufsuchende Bildungsarbeit sind **digitale Formate elementar**. Um diese entwickeln und bereits vorhandene Angebote wie z. B. die vhs-Cloud bedarfsorientiert nutzen zu können, benötigen die Volkshochschulen in NRW die entsprechende technische Infrastruktur vor Ort.
- Aus Sicht des Verbandes ist es wichtig, dass **bereits existierende Bürger*innenbeteiligungsprojekte**, die auch Volkshochschulen mit Dialogveranstaltungen begleiten können, **in politischen Entscheidungsprozessen noch stärker berücksichtigt** werden.
- Die **Erhöhung der Transparenz kommunalpolitischer Entscheidungsprozesse** und Schaffung zusätzlicher Beteiligungsformate sollten strategische Ziele für die Kommunalpolitik in NRW sein.
- Eine **verstärkte Vernetzung** von Politik, Initiativen, Vereinen und Verbänden ist entscheidend, um kooperativ und öffentlich wirksam für ehrenamtliches Engagement in den Kommunen zu werben und v. a. bisher unterrepräsentierte soziale Gruppen für kommunalpolitische Beteiligung zu motivieren.

Gez. für den Landesverband der Volkshochschulen von NRW e.V.

Arne Cremer
Referent für Politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit
31.10.2019